

Bank für Tirol und Vorarlberg AG
zH Herrn Vorstandssprecher Konsul Peter Gaugg
Stadtforum
6020 Innsbruck

02. Mai 2011

Betreff: **„Anzeige“ der BTV in der Tiroler Tageszeitung vom 29. April 2011 auf Seite 19 (Wirtschaft/Leben)**

Sehr geehrter Herr Gaugg!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf die im Betreff genannte Einschaltung der BTV in der Tiroler Tageszeitung dürfen wir mitteilen, dass die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol immer wieder Anfragen bzw. Beschwerden teilweise stark verunsicherter Konsumentinnen und Konsumenten über das Vorgehen mancher Banken bei Fremdwährungskreditverhältnissen erhält und ihre Mitglieder sowohl durch rechtliche Beratung als auch durch sonstige Begleitung in finanziell vielfach schwierigen Situationen unterstützt. Die Arbeiterkammer Tirol ist bereits mehrfach vehement gegen die Praktiken mancher Banken aufgetreten, sämtliche Risiken bzw. Zusatzkosten bei Fremdwährungskreditverträgen ausschließlich auf den Kreditnehmer abzuwälzen. Diesbezüglich wurden seitens der Arbeiterkammer Tirol auch Abmahnungen bzw. gerichtliche Verfahren gegen zahlreiche unzulässige Vertragsbestimmungen in Kreditverträgen durchgeführt und sehr erfolgreich abgeschlossen. Die betroffenen Banken dürfen sich zukünftig nicht mehr auf die unzulässigen Vertragsklauseln stützen und diese auch bei bereits laufenden Verträgen nicht mehr anwenden.

Der Arbeiterkammer Tirol wird von Mitgliedern auch immer wieder berichtet, dass manche Banken versuchen, in „persönlichen Beratungsgesprächen“ die Kreditnehmer dazu zu bewegen, aus dem Frankenkredit – regelmäßig mit einem nicht unbeträchtlichen Verlust – auszusteigen oder – vielfach aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht leistbare – zusätzliche Sicherheiten in beträchtlichen Ausmaß innerhalb kürzester Fristen beizubringen, andernfalls eine Vertragskündigung bzw. Fälligestellung seitens der Bank angedroht werde. Die Beratungspraxis zeigt, dass diese seitens mancher Banken in den Raum gestellten Szenarien nach Ansicht der AK Tirol vielfach keine rechtliche Basis haben.

Derzeit werden seitens der AK Tirol auch gerichtliche Verfahren gegen Banken geführt, die in letzter Zeit verstärkt versucht haben, die Kreditnehmer derart unter Druck zu setzen, indem beispielsweise wirtschaftlich nicht leistbare zusätzliche Barerläge bis über € 90.000.- - zahlbar innerhalb einer Frist von 14 Tagen - gefordert wurden, anderfalls die Bank das Kreditverhältnis konvertieren bzw. kündigen könne und sich dabei auf bestimmte Vertragsklauseln in ihren Verträgen gestützt haben, die nach Ansicht der AK Tirol rechtlich nicht zulässig sind.

Es steht außer Frage, dass selbstverständlich jeder einzelne Fall bzw. jedes einzelne (Fremdwährungskredit-)Verhältnis aktuell (und auch fortlaufend) einer genauen Betrachtung und Prüfung bedarf und keine generellen Ratschläge für Kreditnehmer, die sich in Fremdwährungskreditverhältnissen befinden, gegeben werden können. Frankenkreditnehmer sollten sich daher jedenfalls mit der jeweils konkreten wirtschaftlichen (Gesamt-) Situation ihrer Kredite beschäftigen und auch das Gespräch mit ihrer Bank suchen. Es ist jedoch nicht zulässig Kreditnehmer mit unhaltbaren und rechtlich nicht gedeckten Forderungen zu verunsichern bzw. zu einer bestimmten Handlungsweise zu drängen.

Die Anzeige der BTV in der Tiroler Tageszeitung vom 29.04.2011 hat aber dazu geführt, dass sich wiederum zahlreiche verunsicherte Mitglieder an die Arbeiterkammer Tirol gewandt haben, da offenbar der Eindruck erweckt wurde, dass alle Frankenkreditnehmer von einem „schwer einschätzbaren Krisenpotential“ betroffen sind bzw. sein werden und daher (ebenso für alle) dringender Handlungsbedarf im Hinblick auf einen Ausstieg aus einem Frankenkredit bestehen würde. Unabhängig davon, dass man im Einzelfall – nach gründlicher Abwägung aller Vor- und Nachteile bzw. insbesondere nach detaillierter Prüfung des gesamten Kreditverhältnisses, des Tilgungsträgers, der vorhandenen oder allenfalls noch zusätzlich möglichen Sicherheiten sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen Kreditnehmers – tatsächlich zum Ergebnis gelangen kann, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein „Ausstiegsszenario“ aus dem Fremdwährungskreditverhältnis näher geprüft werden sollte, soll bei den betroffenen Kreditnehmern keinesfalls der Eindruck entstehen, dass wiederum einige Banken versuchen könnten, Kreditnehmer unter Druck zu setzen und vor allem keine generellen „Risikoanalysen“ durchgeführt werden.

Die Bank für Tirol und Vorarlberg wird daher gebeten, die gerade dargestellte gesamtheitliche Betrachtung bei Fremdwährungskreditverhältnissen auch bei der Formulierung bzw. Schaltung von Anzeigen entsprechend zu berücksichtigen, um zu verhindern, dass Fremdwährungskreditnehmer zusätzlich verunsichert werden, wobei davon ausgegangen wird, dass dies keinesfalls im Sinne der Bank für Tirol und Vorarlberg ist.

Mit freundlichen Grüßen



(Erwin Zangerl)